Antrag

der Abg. Dorothea Wehinger u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Antifeminismus im Netz – Hate Speech und digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Definition sie für Hate Speech und digitale Gewalt verwendet und welche Relevanz hierbei geschlechtsspezifischen Aspekten zukommt;
2. welche Ursachen sie in geschlechtsspezifischem Hate Speech sieht und welche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen in Baden-Württemberg gesehen werden;
3. welche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer von geschlechtsspezifischer Hasskriminalität und digitaler Gewalt in Baden-Württemberg bestehen;
4. wie viele Ermittlungsverfahren der sog. Hasskriminalität und digitaler Gewalt in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg durchgeführt wurden und ob Erkenntnisse vorliegen, wie viele hiervon geschlechtsspezifische Aspekte beinhalten;
5. wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei und der Justiz in Baden-Württemberg im Umgang mit frauenfeindlicher Hetze und Gewalt geschult werden, um betroffene Frauen bei einer Strafanzeige und der gerichtlichen Aufarbeitung effektiv unterstützen zu können;
6. wie der Umgang mit Hassdelikten und frauenfeindlicher Gewalt in der polizeilichen und juristischen Ausbildung behandelt wird und welche Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen;

7. wie viele der im Landeshaushaltsplan für die Jahre 2020 und 2021 vorgesehenen Neustellen in Polizei und Justiz ausschließlich bzw. auch mit Hasskriminalität befasst werden sollen;
8. ob sie die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Hasskriminalität und die Einführung einer Erstattung von Anzeigen in einem Online-Formular erwägt;
9. ob die Meldestelle respect! des Demokratiezentrum Baden-Württemberg und die mit dem Landeshaushaltsplan 2020/2021 beschlossene, neu einzurichtende zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten auf geschlechtsspezifische Hasskriminalität und die begleitende Beratung von Frauen besonders spezialisiert sind;
10. ob die ambulanten Fachberatungsstellen gegen häusliche oder sexualisierte Gewalt in Baden-Württemberg über Angebote, Ansprechpartnerinnen oder Handreichungen zur Beratung bei digitaler Gewalt verfügen bzw. es entsprechende Fortbildungsmöglichkeiten für die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt;
11. wie das Thema Hate Speech und digitale Gewalt schulartübergreifend im Lehrplan im Bereich Medienbildung und in der schulischen Präventionsarbeit verankert ist und ob es entsprechende Unterrichtsmaterialien – insbesondere auch zu geschlechtsspezifischer Gewalt – gibt;
12. welche Fortbildungsmöglichkeiten es für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zum Thema Hate Speech und digitale Gewalt in Baden-Württemberg gibt, um sie für einen Umgang mit digital verbreitetem Hass und Gewalt und entsprechenden Gegenmaßnahmen zu befähigen;
13. wie sie die Verknüpfung von Antifeminismus mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien in Baden-Württemberg einschätzt;
14. welche weiteren Maßnahmen und Gegenstrategien es gibt, um Frauen in Baden-Württemberg wirksam vor Hate Speech und digitaler Gewalt zu schützen.

31.01.2020

Wehinger, Sckerl, Filius, Salomon,
Poreski, Boser, Lede Abal GRÜNE

Begründung

Hate Speech und digitale Gewalt sind ein Angriff auf die psychische und körperliche Unversehrtheit jeder einzelnen betroffenen Person. Insbesondere Frauen sind häufig Zielscheibe von Hassrede im Netz, die darauf abzielt, sie aus dem öffentlichen Raum und Diskurs zu drängen und ihre gesellschaftliche Teilhabe einzuschränken bzw. zu verhindern. Damit stellen digitaler Hass und Gewalt eine Gefahr für die Demokratie, für die Meinungsfreiheit und den Zusammenhalt in unserer offenen, vielfältigen Gesellschaft dar.

Unter dem Aufruf #NetzohneGewalt weist eine Gruppe von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern insbesondere auf die geschlechtsspezifischen Aspekte von Hate Speech und digitaler Gewalt hin. Das Internet als Infrastruktur verstärkt dabei vorhandene diskriminierende, häufig antifeministische Auffassungen und Haltungen in unserer Gesellschaft und verschärft die Gefahr eines gesellschaftlichen Rollbacks, der insbesondere von rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen propagiert wird. Diesen frauenfeindlichen Tendenzen gilt es geschlossen entgegenzutreten und die Frauenrechte auch in der digitalen Welt zu wahren.

Vor diesem Hintergrund soll der Antrag einen Überblick über die geschlechtsspezifischen Aspekte von Hate Speech und digitaler Gewalt in Baden-Württemberg geben und entsprechende Anlaufstellen und Beratungsangebote für betroffene Frauen, Möglichkeiten der Strafverfolgung sowie Präventionsmaßnahmen und Gegenstrategien in der Bildungsarbeit aufzeigen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 25. Februar 2020 Nr. 3-0141.5/2/51 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales und Integration, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie dem Ministerium der Justiz und für Europa zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Bedingt durch das Bundesstaatsprinzip unterliegen die Bundesbehörden sowie die Behörden anderer Länder nicht dem Fragerecht von Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg.

1. welche Definition sie für Hate Speech und digitale Gewalt verwendet und welche Relevanz hierbei geschlechtsspezifischen Aspekten zukommt;

Zu 1.:

Für die Betrachtung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) in Baden-Württemberg steht der bundesweit einheitlich gestaltete „Kriminalpolizeiliche Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMD-PMK) zur Verfügung. Dieser ermöglicht auf der Grundlage des „Definitionssystems Politisch motivierte Kriminalität“ eine mehrdimensionale Erfassung und darauf basierend eine differenzierte Auswertung und Lagedarstellung der politisch motivierten Kriminalität.

Bei den Begriffen „Hate Speech“ und „digitale Gewalt“ handelt es sich nicht um Erfassungs- und Auswerteparameter der Polizei Baden-Württemberg. Im KPMD-PMK werden für die Erfassung von entsprechenden strafbaren Handlungen die Begriffe „Hasskriminalität“ und „Hassposting“ vorgesehen.

Hasskriminalität bezeichnet politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person, bspw. wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder des äußeren Erscheinungsbildes gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution, eine Sache oder ein Objekt richtet. Bei der Würdigung der Umstände der Tat ist neben anderen Aspekten auch die Sicht der oder des Betroffenen mit einzubeziehen. Das umfasst somit neben bspw. fremdenfeindlichen oder antisemitischen Straftaten auch strafbare Handlungen, die sich gezielt gegen Frauen richten.

Zum 1. Januar 2017 wurde ergänzend „Hassposting“ als neue Kategorie eingeführt. Hasspostings werden der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet, wenn die zur Hasskriminalität aufgeführten Merkmale erfüllt sind oder sich die Tat gegen die politische Haltung, Einstellung und/oder Engagement oder die Weltanschauung richtet. Damit werden auch strafbare Handlungen umfasst, die sich gezielt gegen die sexuelle Identität und damit unter anderem gegen Frauen richten.

Orientiert an der Definition der digitalen Gewalt des Bundeshilfetelefon gegen Gewalt an Frauen, werden unter dem Begriff „Digitale Gewalt“ verschiedene Formen der Herabsetzung, Belästigung, Diskriminierung und Nötigung anderer Menschen mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel über soziale Netzwerke, in Chaträumen, beim Instant Messaging und/oder mittels mobiler Telefone subsumiert.

Eine weitere mögliche Definition liefert auch das Demokratiezentrum Baden-Württemberg: „Die kommunikative Herstellung von Ungleichwertigkeit verschiedener Gruppen, wobei diese nicht zwingend mit Vorsatz, also aus wirklichem Hass, erfolgen muss. Möglich ist auch ihr Einsatz mit Absicht ohne emotionalen Hintergrund, sprich aus vermeintlich rationalen Beweggründen. Geschlecht ist dabei eine der Kategorien, an denen entlang diese Ungleichwertigkeit definiert und damit hergestellt wird.“

Digitale Gewalt umfasst in der Gesamtschau somit eine Vielzahl von Angriffsformen, die auf Verunglimpfung, Rufschädigung, soziale Isolation und die Nötigung oder Erpressung eines bestimmten Verhaltens der Betroffenen abzielen. Zudem kommt es mitunter zu gezielten Bedrohungen und Androhungen schwerer Straftaten gegenüber den Betroffenen. Digitale Gewalt ist weitverbreitet und kann auch mit realer Gewalt einhergehen, beispielsweise im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Wesentliches Merkmal von digitaler Gewalt ist, dass diese weder zeitlich noch örtlich begrenzt ist, sondern dort stattfindet, wo digitale Medien genutzt werden.

2. welche Ursachen sie in geschlechtsspezifischem Hate Speech sieht und welche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen in Baden-Württemberg gesehen werden;

Zu 2.:

Als Ausgangspunkt für Sexismus und Frauenfeindlichkeit auf der gesellschaftlichen Ebene werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse gesehen, die tief in der Gesellschaft verankert sind und sich in dichotomen und hierarchischen Geschlechterbildern spiegeln. Sexismus und Frauenfeindlichkeit äußern sich dabei oft als Abwehrreaktion in Zusammenhang mit einer wahrgenommenen Infragestellung von als natürlich und rechtmäßig wahrgenommenen Geschlechteridentitäten und einer darauf basierenden sozialen Ordnung.

Begünstigend wirkt die Anonymität in der digitalen Welt und dass in der digitalen Welt die Hasskommentare in der Regel verzerrt wahrgenommen werden, beispielsweise aufgrund fehlender Abgrenzung oder Gegenrede der Mehrheit der Nutzer.

Der Verein „Frauen gegen Gewalt“ sieht folgende Konsequenzen „digitaler Gewalt“ gegen Frauen: „Digitale Angriffe können bei den Betroffenen Angst, Schuld, Scham und Hilflosigkeit auslösen. Digitale Gewalterfahrungen gehen oft mit Erlebnissen psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt einher und können bei Betroffenen entsprechend psychische und psychosomatische Probleme zur Folge haben.

3. welche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer von geschlechtsspezifischer Hasskriminalität und digitaler Gewalt in Baden-Württemberg bestehen;

Zu 3.:

Als Erstanlaufstelle für von Gewalt betroffenen Frauen bietet das bundesweite „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben Betroffenen und deren Angehörigen eine anonyme Erstberatung und Information zu allen Gewaltformen rund um die Uhr in vielen Sprachen an. Die Betroffenen werden auf Wunsch an eine Unterstützungseinrichtung vor Ort weitervermittelt. Beratungseinrichtungen für Opfer von Gewalttaten stehen auf regionaler Ebene landesweit flächendeckend zur Verfügung.

Opfern von Straftaten wird von der Polizei die sogenannte Opferschutzbrochüre („Opferschutz – Tipps und Hinweise Ihrer Polizei“, 9. Auflage, 2018) ausgehändigt. Sie hält Informationen über den Ablauf des Strafverfahrens bereit und informiert über Opferrechte sowie bestehende Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten. So können bspw. über eine Online Datenbank ODABS (www.odabs.de) Betroffene von Straftaten anhand bestimmter Suchkriterien auf ihre persönlichen Umstände abgestimmte Opferhilfeeinrichtungen in der Nähe finden. ODABS ist im Internet frei zugänglich und auch die Opferschutzbrochüre kann über die Homepage www.praevention.polizei-bw.de kostenlos heruntergeladen werden.

Weiter gewährleistet die Polizei nachsorgende Beratung und Betreuung aller Kriminalitätsoffer im Rahmen der „Empfehlungen zur weiteren Intensivierung des polizeilichen Opferschutzes“ des Innenministeriums Baden-Württemberg. Ziel ist dabei, neben der Aufklärung der Opfer über ihre Rechte auch deren frühzeitige und bedarfsorientierte Vermittlung an Hilfs- und Beratungseinrichtungen zu gewährleisten. Um diese Vermittlung möglichst schnell und unbürokratisch umsetzen zu können, hat das Innenministerium Baden-Württemberg mit dem WEISSEN RING e. V. im Landesverband Baden-Württemberg im Jahr 2015 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Ausfluss der Kooperation ist u. a. eine Einwilligungserklärung zur Datenweitergabe an den WEISSEN RING e. V. Mit Einverständnis des Opfers kann dadurch sichergestellt werden, dass umgehend Kontakt zu geeigneten Hilfeeinrichtungen hergestellt wird, um einen niederschweligen Übergang zur Opferhilfe zu ermöglichen.

4. wie viele Ermittlungsverfahren der sog. Hasskriminalität und digitaler Gewalt in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg durchgeführt wurden und ob Erkenntnisse vorliegen, wie viele hiervon geschlechtsspezifische Aspekte beinhalten;

Zu 4.:

Die statistische Erfassung der PMK erfolgt auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD). Mit Beschluss der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und den „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)“ die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sämtliche politisch motivierte Straftaten unterjährig mitunter Veränderungen unterliegen, da die zugrundeliegenden Straftaten regelmäßig noch Gegenstand laufender Ermittlungen sind.

Die Anzahl der in den Jahren 2015 bis 2019 (hier bis zum 3. Quartal) in Baden-Württemberg geführten Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, welche der Hasskriminalität zuzuordnen sind, kann nachfolgender Tabelle entnommen werden. Die Anzahl der hierbei auf das Themenfeld „Frauen und Gleichstellung“ entfallenden Fälle wurden gesondert ausgewiesen. Daneben werden die der Hasskriminalität zugeordneten Fälle, die mit dem Tatmittel Internet im Themenfeld „Frauen und Gleichstellung“ begangen wurden, gesondert ausgewiesen. Von den drei Fällen im Themenfeld „Frauen und Gleichstellung“ stand ein Fall im Zusammenhang mit dem Tatmittel „Internet“, siehe Tabelle. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der KPMD-PMK die statistische Erfassung von mittels Internet begangenen Straftaten seit dem Jahr 2019 vorsieht. Im Hinblick auf den Begriff „digitale Gewalt“ wird im Übrigen auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.

Anzahl Fälle PMK „Hasskriminalität“	2015	2016	2017	2018	2019 (3. Quartal)
Fälle gesamt	742	715	564	651	462
darunter Themenfeld „Frauen und Gleichstellung“	0	0	0	0	3
davon Fälle i. Z. m. mit Tatmittel „Internet“ ^{*)}	–	–	–	–	1

*) Erfassung seit dem Jahr 2019.

Von den insgesamt 462 erfassten Fällen der Hasskriminalität für das Jahr 2019 (bis einschließlich 3. Quartal 2019) standen 165 Fälle im Zusammenhang mit dem Tatmittel Internet.

5. *wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei und der Justiz in Baden-Württemberg im Umgang mit frauenfeindlicher Hetze und Gewalt geschult werden, um betroffene Frauen bei einer Strafanzeige und der gerichtlichen Aufarbeitung effektiv unterstützen zu können;*
6. *wie der Umgang mit Hassdelikten und frauenfeindlicher Gewalt in der polizeilichen und juristischen Ausbildung behandelt wird und welche Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen;*

Zu 5. und 6.:

In der Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst und der Vorausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird neben der Vermittlung allgemeiner Aspekte des Opferschutzes speziell auf die Bedürfnisse und Erwartungen von Gewaltopfern in den Unterrichtsthemen psychische und rechtliche Begleitung, Prävention und Informationen über den Fortgang des Strafverfahrens eingegangen. Dabei werden auch Hassdelikte und geschlechtsspezifische Gewalt in verschiedenen Unterrichtsthemen wie Gewaltdelikte im sozialen Nahraum, Stalking, Mobbing und sexuelle Belästigung behandelt.

Darüber hinaus lernen die Auszubildenden Programme und Projekte der Polizei gegen Gewaltdelikte sowie Angebote externer Stellen und Hilfsangebote auf kommunaler Ebene kennen.

Ergänzend erfolgt ganz konkret eine Auseinandersetzung mit dem Gewaltbegriff in Zusammenhang mit den Delikten Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung und Nötigung. Die Aufklärung über die jeweiligen Erscheinungsformen und deren möglichen Verlauf sowie über Konflikt-handhabungs- und Interventionsmöglichkeiten finden im Unterricht besondere Berücksichtigung. Die Behandlung von Hassdelikten, die über das Medium Internet begangen werden, erfolgt im Themenbereich Cybercrime. Das Thema Gewalt wird grundsätzlich losgelöst vom Geschlecht des Opfers und des vom Täter genutzten Gewaltmediums betrachtet. Im Vordergrund steht die Unterscheidung zwischen den Gewaltformen, wie z. B. der physischen, psychischen, sozialen oder sexualisierten Gewalt und den sich daraus ergebenden Erfordernissen.

Die Sensibilisierung aller Auszubildenden für geschlechterspezifische Gewalt erfolgt zudem im Seminar Teampädagogik bei der Thematisierung von gruppendynamischen Prozessen.

Beim Bachelorstudium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst erfolgt die wissenschaftliche Betrachtung im Rahmen der Vermittlung von Lehrinhalten zu Gewaltdelikten einschließlich häuslicher Gewalt, Stalking und politisch motivierter Kriminalität. Dabei wird insbesondere auf die Perspektive der Opfer und die daraus entstehenden Anforderungen an Polizeibeamtinnen und -beamte eingegangen. Weiter wird für Hassdelikte und geschlechterspezifische Gewalt bei der Vermittlung der Phänomenologie der Gewaltkriminalität sensibilisiert. Hier werden unter anderem die Gewalt im sozialen Nahraum und in der Schule, Stalking und sexualisierte Gewaltstraftaten umfassend beleuchtet. Die Aufarbeitung von Hassdelikten erfolgt am Beispiel rechtsextremistischer Straftaten.

Eine explizite geschlechterspezifische Abgrenzung erfolgt nicht. Neben der phänomenologischen Aufarbeitung von Gewaltdelikten im Fach Kriminologie werden auch kriminaltaktische Herangehensweisen vermittelt. Zudem wird die praktische Umsetzung der relevanten Regelungen des 2. und 3. Opferrechtsreformgesetzes zur Stärkung der Opferrechte im Strafverfahren behandelt. Hierbei kommt dem Umgang mit dem „Merkblatt für Opfer einer Straftat“ eine besondere Bedeutung zu.

Überdies finden regelmäßig Fortbildungen der Polizei durch die regionalen Opferschutzkoordinatoren statt. Im Fortbildungsseminar „Professioneller Umgang mit Opfern – Recht und Viktimologie“ wird beispielsweise die Tätigkeit der Fraueninterventionsstelle Stuttgart vorgestellt und explizit auf die Aspekte „Frauen als Opfer von Gewalt“ eingegangen.

Im Intranet stehen darüber hinaus allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten rund um die Uhr die neuesten Informationen für die bestmögliche Unterstützung der Opfer von Straftaten zur Verfügung.

Auch in mehreren Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richterakademie und der baden-württembergischen Justiz fließt die Sensibilisierung für das Erkennen von Hasskriminalität mit ein, wobei zumeist ein Schwerpunkt auf rechtsextremistische Hassdelikte gelegt wird.

Ebenfalls sind im Fortbildungsangebot der Themenbereich des Opferschutzes und damit die Sensibilisierung für die Belange der Geschädigten zahlreich enthalten. Der Opfer- und Zeugenschutz wird in den Fortbildungen für Assessorinnen und Assessoren als ein Themenschwerpunkt behandelt, um sicherzustellen, dass alle neu eingestellten Assessorinnen und Assessoren bereits zu einem frühen Zeitpunkt ihrer Berufstätigkeit auf die Belange von Opferzeugen aufmerksam gemacht werden. Aspekte des Opferschutzes fließen auch in andere strafrechtliche Fachtagungen ein und sind Gegenstand verschiedener Tagungen der Deutschen Richterakademie.

7. wie viele der im Landeshaushaltsplan für die Jahre 2020 und 2021 vorgesehenen Neustellen in Polizei und Justiz ausschließlich bzw. auch mit Hasskriminalität befasst werden sollen;

Zu 7.:

Im Landeshaushaltsplan für 2020/2021 wurden mit dem Sonderprogramm Rechts-Extremismus insgesamt 55 zusätzliche Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz und der Polizei Baden-Württemberg geschaffen. Das Sonderprogramm soll schwerpunktmäßig einen Beitrag zur Bekämpfung der Hasskriminalität leisten.

Die Bundesregierung hat am 19. Februar 2020 den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität beschlossen. Dieser sieht unter anderem vor, dass die dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) unterliegenden Anbieter sozialer Netzwerke verpflichtet werden, bestimmte Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden, damit von dort aus die Strafverfolgung durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden veranlasst werden kann. Diese Neuregelung lässt einen Anstieg der Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften erwarten. Grundsätzlich werden Änderungen der Zahl der bei den Staatsanwaltschaften anhängig werdenden Ermittlungsverfahren im Rahmen des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y abgebildet. Darüber hinaus können auch außergewöhnliche Entwicklungen in einzelnen Kriminalitätsbereichen Maßnahmen im Hinblick auf die staatsanwaltschaftliche Personalausstattung rechtfertigen. Ob künftig im Bereich der strafrechtlichen Bekämpfung der Hasskriminalität personelle Maßnahmen erforderlich werden, hängt insbesondere davon ab, ob und in welchem Umfang der Bundesgesetzgeber die im Regierungsentwurf vorgesehene Meldepflicht beschließt und wie sich in der Folge die Zahl der Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit Hasskriminalität entwickelt.

8. ob sie die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Hasskriminalität und die Einführung einer Erstattung von Anzeigen in einem Online-Formular erwägt;

Zu 8.:

Strafrechtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit Hasskommentaren im Internet sind regelmäßig von besonderen rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten bei der Beweissicherung – oftmals im Rahmen der internationalen strafrechtlichen Zusammenarbeit im Wege der Rechtshilfe – sowie beim gerichtsfesten Nachweis der Identität der Täter gekennzeichnet.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 26. September 2019 zu den Fragen 3., 6. und 7. zum Antrag der Abg. Nico Weinmann u. a., FDP/DVP, „Schwerpunktstaatsanwaltschaften für sogenannte „Hass-Kommentare“ in sozialen Netzwerken“, LT-Drs. 16/6959, verwiesen. Diese rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen,

die unabhängig von einer etwaigen örtlichen Konzentration der Strafverfolgungszuständigkeit bestehen, begrenzen die Möglichkeiten einer Strafverfolgung von Straftaten der Hasskriminalität im Internet grundsätzlich.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des unter Ziffer 4 dargestellten Fallaufkommens im Bereich von Hasskriminalität im Internet besteht nach Auffassung des Ministeriums der Justiz und für Europa derzeit kein Anlass, die staatsanwaltliche Strafverfolgungstätigkeit in diesem Bereich örtlich zu konzentrieren. Betroffene können zum einen über die Internetwache der Polizei Baden-Württemberg online Hasskommentare melden. Zum anderen besteht die Möglichkeit, die Strafverfolgungsbehörden über die unter im Weiteren unter Ziffer 9 genannte Online-Plattform der Meldestelle respect! des Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die ein standardisiertes, mit dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg abgestimmten Verfahren bereitstellt, über Hasskommentare im Internet in Kenntnis zu setzen.

9. ob die Meldestelle respect! des Demokratiezentrum Baden-Württemberg und die mit dem Landeshaushaltsplan 2020/2021 beschlossene, neu einzurichtende zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten auf geschlechtsspezifische Hasskriminalität und die begleitende Beratung von Frauen besonders spezialisiert sind;

Zu 9.:

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg hat Ende 2017 die bereits unter Ziffer 8 aufgeführte Meldestelle respect! eingerichtet, die von der Jugendstiftung Baden-Württemberg umgesetzt wird. Dabei handelt es sich um die bundesweit einzige Meldestelle gegen Hetze im Internet, die bei strafrechtlich relevanter Hetze selbst anzeigt. Internetnutzerinnen und -nutzer melden unter www.meldestelle-respect.de Fälle von wahrgenommener Hassrede im Internet, insbesondere aus den sozialen Medien und Kommentaren. Diese werden von den Mitarbeitenden der Meldestelle nach dem Kriterium der strafrechtlichen Relevanz eingeschätzt. Ist diese gegeben und handelt es sich um ein Offizialdelikt (z. B. Volksverhetzung nach § 130 StGB), erfolgt eine Anzeige beim zuständigen Landeskriminalamt und ein Löschauftrag beim entsprechenden Provider. Die Meldestelle respect! bearbeitet Anfragen unabhängig vom Geschlecht.

Im Übrigen ist durch die Landesregierung nach derzeitiger Planung beabsichtigt, eine zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen, Amokläufen und Großschadensereignissen einzurichten. Obwohl hiernach keine Spezialisierung der zentralen Anlaufstelle auf Opfer von Straftaten geschlechtsspezifischer Hasskriminalität vorgesehen ist, wird durch die vorgesehene enge Zusammenarbeit zwischen der zentralen Anlaufstelle und den Opferhilfeeinrichtungen im Land gewährleistet sein, dass im Bedarfsfall durch die zentrale Anlaufstelle ein geeignetes Hilfsangebot vermittelt werden kann.

10. ob die ambulanten Fachberatungsstellen gegen häusliche oder sexualisierte Gewalt in Baden-Württemberg über Angebote, Ansprechpartnerinnen oder Handreichungen zur Beratung bei digitaler Gewalt verfügen bzw. es entsprechende Fortbildungsmöglichkeiten für die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt;

Zu 10.:

Aus der Bestands- und Bedarfsanalyse der Fachberatungsstellen Prostitution, häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt, Interventionsstellen, Frauennotrufe, Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden geht hervor, dass ca. 30 Prozent der Beratungsstellen, die an der Analyse teilgenommen haben, auch im Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) in Deutschland vertreten sind. Der bff führt als Dachverband Seminare und Tagungen durch und entwickelt Informationsmaterialien rund um das Themenspektrum „Gewalt gegen Frauen“. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert seit Anfang des Jahres 2019 das Projekt „bff – aktiv

gegen digitale Gewalt“, um sich aktiv gegen geschlechtsspezifische digitale Gewalt einzusetzen. Der bff und seine Mitgliedseinrichtungen arbeiten bereits seit mehreren Jahren zum Themenkomplex digitale Gewalt. Die Beratungsstellen in Baden-Württemberg können diese Expertise nutzen, um über digitale Gewalt effektiv aufzuklären, mit den Betroffenen Handlungsmöglichkeiten zu besprechen und rechtliche Schritte aufzuzeigen. Nach Aussagen der Fachberatungsstelle YASEMIN ist digitale Gewalt ein Thema in den Lebenswelten von jungen Frauen und Mädchen. Auch im Rahmen der Präventionsangebote berichteten die Mädchen punktuell von solcher Gewalt – beispielsweise nach Trennungen. Die Fachberatungsstellen integrieren diese Phänomene in die bisherige Beratungspraxis, sensibilisieren diesbezüglich, zeigen mögliche Gefahren auf und geben Handlungsempfehlungen.

11. wie das Thema Hate Speech und digitale Gewalt schulartübergreifend im Lehrplan im Bereich Medienbildung und in der schulischen Präventionsarbeit verankert ist und ob es entsprechende Unterrichtsmaterialien – insbesondere auch zu geschlechtsspezifischer Gewalt – gibt;

Zu 11.:

„Medienbildung“ ist als eine von sechs Leitperspektiven spiralcurricular und fächerintegrativ im Bildungsplan 2016 für die allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg verankert. Die Leitperspektive „Medienbildung“ zielt vor allem darauf ab, Medien sinnvoll auszuwählen, das Medienangebot kritisch zu reflektieren, Medien verantwortungsbewusst zu nutzen sowie die eigene mediale Präsenz selbstbestimmt zu gestalten. Vor allem im Themenbereich „Kommunikation und Kooperation“ und „Jugendmedienschutz“ der Leitperspektive Medienbildung ist eine Verankerung der Thematik „Antifeminismus im Netz“ möglich, aber auch im Themenfeld der „Mediengesellschaft“ und „Medienanalyse“ kann darauf eingegangen werden. Die spiralcurriculare und fächerintegrative Verankerung ermöglicht, dass medienbildnerische Kompetenzen bereits im Primarbereich grundgelegt und anschließend bis zum jeweiligen Schulabschluss der Schülerinnen und Schüler vertieft, gefestigt und altersadäquat erworben werden.

Durch die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“ in den Bildungsplänen 2016 wurde die Verbindlichkeit des Themas Prävention deutlich gemacht. Schulische Prävention besteht in der kontinuierlichen Förderung von Lebenskompetenzen und der Stärkung persönlicher Schutzfaktoren der Schülerinnen und Schüler. Zur Prävention von Gewalt und Mobbing, Cybermobbing ist eine spezielle Form von Mobbing, spielen vor allem die Fähigkeit zur Gefühlsregulation, kommunikative Kompetenz und Konfliktkompetenz eine wichtige Rolle. Präventionsbeauftragte beraten und begleiten Schulen aller Schularten im Rahmen des landesweiten Präventionsrahmenkonzepts „stark.stärker.WIR.“ Unterstützung bei der Umsetzung erfahren Lehrkräfte durch die vom Kultusministerium beauftragten Umsetzungsmaterialien, die auf dem Landesbildungsserver unter <http://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/leitperspektiven/praevention-und-gesundheitsfoerderung/primaerpraevention/mobbing/index.html> aufgerufen werden können.

Die baden-württembergischen Bildungspläne sind kompetenzorientiert aufgebaut. Statt dezidiert und ausführlicher Inhaltsbeschreibungen sind die zu vermittelnden Unterrichtsgegenstände auf einem Abstraktionsniveau formuliert, sodass die Kompetenzen anhand verschiedener Einzelthemen erworben werden können. Die Themen „Hate Speech“ und „digitale Gewalt“ können an mehrere Kompetenzbereiche angebunden und folglich an mehreren Stellen im Fachunterricht aufgegriffen werden. Anknüpfungspunkte finden sich zum Beispiel in den Fächern Deutsch („in medialen Kommunikationssituationen ... eigene Beiträge adressaten- und situationsbezogen formulieren“, Klassen 5/6) und Ethik („Handlungsoptionen für den eigenen verantwortungsvollen Umgang mit Medien entwerfen“, Klassen 7/8) sowie im Basiskurs Medienbildung („wichtige Regeln zur Kommunikation im Netz herausarbeiten und sich angemessen verhalten“, Klasse 5).

Der Landesbildungsserver bietet Unterrichtsmaterialien zur Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Einschätzung der Gesellschaft dazu im Rahmen von konkreten Themenstellungen. Beispielsweise gibt es Unterrichtsmaterialien zu

weiblichen Berufs- und Funktionsbezeichnungen im Französischen oder auch im Bereich Geschichte, bei welchen die Rolle der Frau in unterschiedlichen Kulturen und Zeiten thematisiert wird. Darüber hinaus werden viele Unterrichtsmaterialien zum Leben in einer von digitalen Medien geprägten und digitalisierten Welt angeboten, unter anderem zu Online-Sucht, Medienkonsum, Medienrecht, Cyber-Mobbing oder Fake News.

Im Rahmen des Projekts „#RespektBW“ und der darin eingebetteten Kampagne „Bitte Was?! Kontern gegen Fake und Hass“ für eine respektvolle Diskussionskultur in den Sozialen Medien wurden umfassende Handreichungen für den Unterricht erarbeitet, die online zur Verfügung stehen. Themen sind „Kommunikation im Netz“, „Informationskompetenz“, „Demokratiebildung“ und „Medienethik“. Die Kampagne soll Kinder und Jugendliche aktivieren, für die Werte unserer Demokratie und ein gutes gesellschaftliches Miteinander einzutreten. Sie ist Teil des Impulsprogramms der Landesregierung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg führt die Kampagne im Auftrag des Staatsministeriums, in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, durch.

12. welche Fortbildungsmöglichkeiten es für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zum Thema Hate Speech und digitale Gewalt in Baden-Württemberg gibt, um sie für einen Umgang mit digital verbreitetem Hass und Gewalt und entsprechenden Gegenmaßnahmen zu befähigen;

Zu 12.:

In Baden-Württemberg gibt es verschiedene Fortbildungs- und Informationskanäle: Die amtliche Lehrkräftefortbildung mit Präsenzveranstaltungen, Arbeitskreise für Präventionslehrkräfte, Veranstaltungen des Landes- und der regionalen Medienzentren sowie Informationsangebote. Die Prävention und die Intervention bei gruppenbezogenen Abwertungen und demokratiefeindlichen Haltungen in der Schule ist in der Lehrerfortbildung verankert. Bei der Erarbeitung von Konzepten werden grundlegend alle Diskriminierungsformen (Antisemitismus, Rassismus, Sexismus etc.) in ihrem Zusammenwirken und ihren Spezifika bedacht. Konkrete Konzepte zu geschlechterspezifischer Diskriminierung liegen allerdings bislang nicht vor. Beispiele für Fortbildungen, die für die Diskriminierung im Netz relevant sind, sind unter anderem „Was machst du da eigentlich? Die digitale Lebenswelt unserer Kinder (wirklich?) verstehen?“ und „WhatsApp, Facebook & Co“ zu potenziellen Risiken von sozialen Medien“.

Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (LMZ) unterstützt die Schulen bei der Umsetzung der Leitperspektive „Medienbildung“ unter anderem durch Beratung sowie Bereitstellung von praxisbezogenen Materialien (Umsetzungsszenarien für den Basiskurs Medienbildung/Mediencurricula, Unterrichtseinheiten), Workshop-Angebote zur Medienbildung bzw. zum Jugendmedienschutz für Schüler/-innen (im Rahmen des Programms 101 Schulen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg und durch die Kampagne „Bitte Was?! Kontern gegen Fake und Hass“) sowie durch Schulungen zur eigenständigen Umsetzung von Unterrichtseinheiten zu Themen der Medienbildung und des Jugendmedienschutzes (Pädagogische Tage, inhaltliche Vorträge, Teamteaching). Darüber hinaus finden im Rahmen der Präventionsarbeit auch Workshops in Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung statt. Dabei werden immer wieder auch explizit Veranstaltungen in Mädchentreffs durchgeführt. In diesem geschützten Rahmen werden Themen wie Schönheitsideale und Körperbilder aufgegriffen und die Selbstdarstellung im Netz reflektiert.

Ergänzend dazu bietet das LMZ eine medienpädagogische Beratungsstelle, die Eltern, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bei allgemeinen Fragen im Zusammenhang mit dem Jugendmedienschutz unterstützt. Zu Fragen des Jugendmedienschutzes und der Medienbildung hat das Landesmedienzentrum ein flächendeckendes Referentennetzwerk aufgebaut. Darüber hinaus stellt das LMZ den Schulen in Baden-Württemberg Medienpädagogische Berater/-innen mit dem Schwerpunkt Jugendmedienschutz sowie freie Referentinnen und Referenten für Vorträge und Workshops im Rahmen pädagogischer (Halb-)Tage bereit.

Das unter Ziffer 11 aufgeführte Projekt „#RespektBW“ umfasst auch Angebote für Lehrkräfte (Teilnahme an Vor-Ort-Veranstaltungen) und kostenlose Workshops für Schülerinnen und Schüler.

13. wie sie die Verknüpfung von Antifeminismus mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien in Baden-Württemberg einschätzt;

Zu 13.:

Das Thema Antifeminismus in der extremen und populistischen Rechten geht einher mit einer dezidiert hierarchisch, patriarchalen Vorstellung von Geschlechtern. Aufgrund von biologischen Unterschieden zwischen Frauen und Männern werden soziale Räume und Positionen entsprechend zugeordnet. Mit diesem Rollenverständnis ist zwar eine Überschneidung zur Mehrheitsgesellschaft gegeben, jedoch ist für die extreme Rechte eine Unveränderlichkeit und Rigidität dieser Zuschreibungen spezifisch. Ein Feminismus, der diese rigide Ordnung in Frage stellt, wird somit zum Feindbild. Sowohl bei der extremen Rechten, wie z. B. den Parteien NPD oder „Der Dritte Weg“, wie auch im Bereich der populistisch agierenden (extremen) Rechten sind antifeministische Ideologien zu finden.

Im Übrigen sind hier Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) oder die „Junge Alternative Baden-Württemberg“ (JA BW) zu nennen. Diese lehnen das gesellschaftspolitische Leitbild des „Gender Mainstreaming“ ab und sprechen sich für traditionelle Geschlechterrollen aus. Insofern wenden sie sich gegen zentrale Anliegen vieler feministischer Gruppierungen. Auf der anderen Seite thematisiert die IBD bisweilen sogar Gewalt gegen Frauen aus Europa, um wiederum Vorurteile gegen Migranten und Flüchtlinge in der Bevölkerung zu schüren. Zum Beispiel rief die IBD die Kampagne „120db“ (120 Dezibel) ins Leben, die nach der Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms benannt ist. Die Kampagne bezeichnet sich als „der wahre Aufschrei gegen die wahre Bedrohung von Frauen in Europa“ und macht allein die Flüchtlingspolitik und damit in erster Linie Flüchtlinge für (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen verantwortlich.

Dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) sind indes keine Äußerungen der JA BW oder der IBD bekannt geworden, die einen wahnhaften Hass auf Frauen ausdrücken, wie er z. B. bei der sogenannten „Incel“-Gruppierung festzustellen ist. Hierzu wird im Übrigen auf die Stellungnahme des Ministeriums für Soziales und Integration vom 20. Dezember 2019 zum Antrag der Abg. Daniel Andreas Lede Abal u. a., GRÜNE, „Gewalt gegen Frauen und Gefährdungspotenzial durch sog. „Incels“, LT-Drs. 16/7520 verwiesen.

14. welche weiteren Maßnahmen und Gegenstrategien es gibt, um Frauen in Baden-Württemberg wirksam vor Hate Speech und digitaler Gewalt zu schützen.

Zu 14.:

In themenbezogenen Aktivitäten der Landesregierung, zum Beispiel im Rahmen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg oder dem unter den Ziffern 11 und 12 aufgeführten Projekt #RespektBW, werden Maßnahmen und Gegenstrategien zum Schutz vor Hate Speech und digitaler Gewalt aufgegriffen. Das Landesmedienzentrum bietet eine Reihe von Unterstützungsangeboten zu den Themen „Cybermobbing“ und „Digitale Gewalt“ an. Neben den Medienpädagogischen Beratungsstellen gibt es ein Angebot zur Online-Beratung sowie die Möglichkeit, regionale Präventionsbeauftragte anzusprechen.

Im Übrigen ist die Thematik „Verbale Gewalt“ seit Jahren Bestandteil der polizeilichen Kriminalprävention an Schulen. Insbesondere im Gewaltpräventionsprogramm „Herausforderung Gewalt“ und in der Prävention von Mediengefahren, sind diese Themen als Schwerpunkt verankert. Beide Programme sind Teil der bundesweit einzigartigen Kooperationsvereinbarung „Polizeiliche Prävention auf dem Stundenplan“ zwischen dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Mit dem Programm wird unter anderem das Ziel verfolgt, bereits bei Jugendlichen ein Bewusstsein für Recht und Unrecht im Umgang mit digitalen Medien zu schaffen. In diesem Zusammenhang soll das Medienpaket „Verklickt!“ der Polizeilichen Kri-

minalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), das auch auf die negative und ggf. strafrechtliche Relevanz von Hate Speech eingeht, dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren ein sicherheitsbewusstes Verhalten im Medienalltag zu vermitteln. Mit Hilfe des Programms konnten seit 2015 in über 13.000 Veranstaltungen beinahe 400.000 Personen erreicht werden.

Das Risiko, dass Kinder und Jugendliche mit menschenverachtenden und strafrechtlich relevanten Inhalten auch in häufig frequentierten Medienportalen konfrontiert werden, ist hoch. Zwei von drei jungen Menschen sind laut einer aktuellen Studie bereits Hasskommentaren im Internet begegnet. Daher greift die Polizei Baden-Württemberg das Thema Hate Speech ab Mitte Februar 2020 mit einem neuen, landesweit verfügbaren Präventionsangebot für Jugendliche auf. Es soll deren digitale Zivilcourage fördern, ihnen die Grenzen der Meinungsfreiheit näherbringen und ihnen Melde- und Anzeigewege aufzeigen. Zudem soll die Handlungskompetenz im Umgang mit strafrechtlich relevanten Inhalten im Netz gefördert werden. Das didaktisch aufbereitete Angebot ist für Jugendliche ab 13 Jahren konzipiert.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg hat eine Postkarte herausgegeben, welche die Themen Hate Speech und Hasskriminalität im Internet mit der Miss Germany aus dem Jahr 2019, Polizeibeamtin Nadine Berneis, als Testimonial aufgreift und Tipps zum Umgang mit entsprechenden Inhalten gibt. Mithilfe der Postkarte werden Nutzer sozialer Medien animiert, bei aggressiver Sprache im Netz einzuschreiten sowie dies zu melden und zu dokumentieren. Beim Verdacht auf strafbare Inhalte werden die Internetwache der Polizei Baden-Württemberg (www.polizei-bw.de) sowie die Meldestelle „respect!“ des Demokratiezentrum Baden-Württemberg beworben.

Im Übrigen ist am 1. Februar 2018 in Deutschland das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, in Kraft getreten. Die Istanbul-Konvention verpflichtet alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle gewaltbetroffene Frauen vor weiteren Gewalttaten zu schützen und gegen alle Formen körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt vorzugehen. In Artikel 19 der Istanbul-Konvention wird gefordert, dass Opfer angemessen und rechtzeitig über verfügbare Hilfsdienste und rechtliche Maßnahmen in einer ihnen verständlichen Sprache informiert werden. Die bestehenden guten Instrumente, um aktiv gegen digitale Gewalt vorzugehen, müssen den Betroffenen noch besser bekannt gemacht werden. In Umsetzung der Istanbul-Konvention wird der Tag des Opferschutzes im Jahr 2020 sich auch mit der digitalen Gewalt gegen Frauen befassen. Der Beirat des Landesaktionsplans gegen Gewalt gegen Frauen wird sich im Rahmen der kommenden Sitzungen mit der thematischen Ausrichtung des „Tag des Opferschutzes“ 2020 befassen und die konkrete Form der digitalen Gewalt, die im Fokus stehen soll, festlegen.

Darüber hinaus bietet das Demokratiezentrum Baden-Württemberg zahlreiche Angebote zur Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention an, in denen auch die Sensibilität für und der Umgang mit Hate Speech thematisiert wird. Speziell widmet sich der Workshop „Da.Gegen.Red.“ dem Umgang mit Hate Speech. Da.Gegen.Red. ist ein Angebot der Sensibilisierung und Qualifizierung zur Stärkung im aktiven Umgang mit Hass im Netz für Lehrkräfte, haupt-, neben- und ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit und Schulsozialarbeit und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Die Teilnehmenden sind im Anschluss dazu befähigt, selbst Workshops mit Jugendlichen durchzuführen, um Sensibilisierungsschwerpunkte im Themenfeld zu setzen. Überdies hat das Demokratiezentrum Baden-Württemberg die Publikationen „Mythen, Ideologien und Theorien. Verschwörungsglaube in Zeiten von Social Media“ (2019) und „Im Netz der Lügen. Beiträge zum Themenfeld Hate Speech und Fake News“ (2018) zum Verständnis von Hate Speech mit pädagogischen Handlungsempfehlungen herausgegeben.

Die unter Ziffer 7 genannten im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität vorgesehenen Änderungen werden auch zu einem verbesserten Schutzniveau für von Hate Speech und digitaler Gewalt betroffener Frauen führen. So soll § 241 des Strafgesetzbuches (StGB) dahingehend erweitert werden, dass zukünftig auch die Bedrohung mit einer

rechtswidrigen Tat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen eine Sache mit bedeutendem Wert vom Tatbestand erfasst ist. Ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen zum Schutz für von Hate Speech und digitaler Gewalt betroffene Frauen erforderlich sind, wird davon abhängen, welche konkreten gesetzlichen Neuregelungen der Bundesgesetzgeber beschließt.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration